

SPD demokratischer pressediens

P/XXXI/248

28. Dezember 1976

Union: Der Kampf geht weiter

CDU und CSU schlossen einen Formelkompromiß

Von Egon Bahr MdB

Bundesgeschäftsführer der SPD

Seite 1 / 43 Zeilen

Brücke zwischen Partei und Medien

Siebzig Jahre SPD-Pressediens / Dank an Herdi Eckert

Von Hans Koschnick

Stellv. Vorsitzender der SPD

Seite 2 / 37 Zeilen

Keine Hilfe durch Waffen

Die deutsche Haltung zu Namibia

Von Lenelotte von Bothmer MdB

Mitglied des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages

Seite 3 / 30 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhard Eckert

Hausallee 2-10, 5300 Bonn 12
Postfach: 120 408
Presserhaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 21 80 38/39
Telefax: 08 88 848-98 ppbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENS

Kölnener Straße 108-112, Telefon: 37 8611

5300 Bonn-Bad Godesberg

Union: Der Kampf geht weiter

CDU und CSU schlossen einen Formelkompromiß

Von Egon Behr MdB

Bundesgeschäftsführer der SPD

In einem Punkt sind sich die Oppositionsparteien bei allen Unterschieden ihrer ostpolitischen Positionen immer einig gewesen: Sie haben Formelkompromisse abgelehnt. Darunter verstanden sie Vereinbarungen, die jeder Partner mit seiner eigenen Auslegung behandeln kann; also das, was zwischen unabhängigen Staaten oder auch im Rahmen der Vereinten Nationen üblich ist.

Einen solchen Formelkompromiß haben nun auch CDU und CSU geschlossen, wie er zwischen souveränen und voneinander unabhängigen Staaten üblich ist. In der Vereinbarung der beiden Parteien über die Grundlagen ihrer politischen Zusammenarbeit heißt es: "CDU und CSU stimmen überein, daß in Koalitionsvereinbarungen auf Landesebene die Verwirklichung der gemeinsamen Unionspolitik gesichert werden soll."

Hier ergeben sich eine Reihe von Fragen:

- 1/ Was ist gemeinsame Unionspolitik?
- 2/ Ist es die von Kohl oder die von Strauß?
- 3/ Oder handelt es sich um den kleinsten gemeinsamen Nenner, der nur darin besteht, daß die Opposition der Opposition überdrüssig ist?

Es ist unvergessen, daß die Auseinandersetzungen zwischen beiden Parteien, wie sie seit Kreuth kulminierten, gerade deshalb zum Ausbruch kamen, weil sie über die Methode auseinandergingen, wie man am sichersten und schnellsten wieder zur Regierungsverantwortung in Bonn kommen könnte. Man stritt um den Weg, und dieser Streit wird bei jeder praktischen Entscheidung erneut aufbrechen.

Der zitierte Satz des Vertrages zwischen CDU und CSU wird auch für das Saarland gelten. Bei den Koalitionsverhandlungen dort wird abzulesen sein, wie CDU und CSU die gemeinsame Politik in Koalitionsvereinbarungen auf Landesebene sichern wollen.

Welche Auflagen bekommt Röder dafür? Hat Strauß ein Vetorecht, falls Kohl und Röder etwas vereinbaren wollen, worin Strauß die Sicherung "der gemeinsamen Unionspolitik" gefährdet sieht?

Bedeutet dieser Satz die paritätische Mitbestimmung von Strauß für alle Koalitionsüberlegungen, die die CDU in Ländern der Bundesrepublik anstellt? In diesem Fall wäre Strauß de facto stellvertretender Vorsitzender der CDU geworden und brauchte die vierte Partei wahrlich nicht mehr. Oder wird es Kohl egal sein, welche Bedingungen Strauß für eine Koalition im Saargebiet stellt? Wird Strauß darauf verzichten, solche Bedingungen zu stellen?

Das Beispiel Saar wird - so oder so - zeigen, welchen Inhalt dieser Satz des Vertrages zwischen den beiden Parteien hat, wer siegt und wer besiegt ist, oder ob die Auseinandersetzung zwischen zwei Männern weitergeht, die sich gegenseitig verwundet haben und eine Atempause durch Formelkompromisse für einen Kampf gewonnen haben, der seiner Natur nach weitergehen muß, bis der Sieger feststeht. (-/28.12.1976/bgy/pr)

Brücke zwischen Partei und Medien

Siebzig Jahre SPD-Pressedienst / Dank an Hardi Eckert

Von Hans Koschnick

Stellv. Vorsitzender der SPD

1906 - vor siebzig Jahren - erschien der erste sozialdemokratische Pressedienst, die "Sozialdemokratische Pressekorrespondenz". Seit nunmehr siebzig Jahren wird also die politische Arbeit der SPD von Diensten begleitet, die eine wichtige Brücke zwischen Partei und den Medien schlagen.

1906 ging man sehr vorsichtig zu Werke; man traute dem neuen Instrument nicht so recht, das daher zunächst nur Meldungen, keine Kommentare oder kommentarähnliche Artikel enthalten durfte, weil man darin eine unzulässige Beeinflussung der Meinungsbildung in der sozialdemokratischen Presse sah. Für diese war die "Sozialdemokratische Pressekorrespondenz" nämlich hauptsächlich geschaffen.

Die siebzig Jahre Existenz sozialdemokratischer Pressedienste haben uns im Umgang mit diesem Instrument freier gemacht; die Bezieher von "PPP" möchten sicherlich nicht auf die Hintergrundberichte verzichten. Daß wir heute weniger Probleme im Zusammenhang mit dieser Möglichkeit der Meinungs- und Nachrichtenübermittlung sehen, ist aber ganz besonders das Verdienst eines Mannes, der in diesen Tagen nach 27jähriger Tätigkeit für sozialdemokratische Publikationsorgane und fünf Jahren als Chefredakteur des "Sozialdemokratischen" und des "Parlamentarisch-Politischen Pressedienstes" in den wohlverdienten Ruhestand tritt. Es ist das Verdienst von Dr. Erhardt Eckert.

Die langjährige Tätigkeit von Hardi Eckert hat uns etwas vergessen lassen, wie schwierig es sein muß, einer solchen Aufgabe gerecht zu werden, die einerseits Loyalität zu den Grundpositionen und der aus ihnen entwickelten Politik einer Partei verlangt, zum anderen aber auch das Eingehen auf die Informationsbedürfnisse der Journalisten. Servilität gegenüber der Partei einerseits oder totale Distanz zu ihr andererseits im Sinne eines vollkommen unabhängigen Journalismus sind gleichermaßen untauglich für ein solches Transmissionsinstrument und sind doch soviel bequemer als das Einhalten der eben beschriebenen Balance.

Hardi Eckert hat diese Bequemlichkeit in seiner Arbeit immer vermieden. Dafür gebührt ihm der Dank all derer, deren politische Konzeptionen er so oft seinen journalistischen Kollegen übermittelt hat. Mein persönlicher Dank gilt auch dem Menschen Eckert, der uns immer das Gefühl gegeben hat, in ihm einen freundschaftlichen, uneigennütigen Berater zu haben. Wir Sozialdemokraten wünschen Hardi Eckert einen ausgefüllten und geruheamen Lebensabend und hoffen, daß er uns weiterhin so verbunden bleibt wie in den letzten Jahren.

(-28.12.1976/mie/pr)

+ + +

Keine Hilfe durch Waffen

Die deutsche Haltung zu Namibia

Von Lenelotte von Bothmer MdB

Mitglied des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages

Die Bundesregierung hat sich der Stimme enthalten, als die UNO-Resolution zur Abstimmung stand, die der Bevölkerung von Namibia das Recht zusprach, ihre Unabhängigkeit mit Waffengewalt zu erkämpfen. Andererseits hat die Bundesregierung in Übereinstimmung mit der UNO-Mehrheit seit Jahren erklärt, daß die Herrschaft der Republik Südafrika in Namibia unrechtmäßig sei und daß Namibia so bald wie möglich seine Unabhängigkeit erlangen müsse.

Wenn die Bundesregierung eines konsequent durchgehalten hat, dann ihren Grundsatz, weder Waffen für Befreiungskämpfer zu liefern noch kriegsrechtliche Auseinandersetzungen zu unterstützen oder dazu aufzurufen. Man muß wünschen, es wäre ihr auch so konsequent gelungen, Waffenzwischenhandel und Schwarzhandel mit deutschen Waffen zu verhindern, die eher der Unterdrückung dienen, weil dadurch die Glaubwürdigkeit der Bundesregierung immer wieder in Zweifel geraten ist.

Die deutsche Stellungnahme sagt nicht, daß man die Anwendung von Waffengewalt von seiten der Unterdrückten verurteilt. Der Vertreter der Bundesregierung hat sich der Stimme enthalten, nicht gegen die Resolution gestimmt. Wer hätte auch das Recht, wer kann sich anmaßen, Ver zweifeln, die ständiger Gewalt ausgesetzt sind, Verhaltensregeln geben zu wollen? Wir Deutschen schon gar nicht, wenn es sich um Namibia handelt. Dort haben wir selber Schuld an schlimmer Gewalt, nicht zuletzt Gewalt mit der Waffe, offenstehen.

Unser Bestreben muß darauf gerichtet sein, dem deutschen Teil der in Namibia herrschenden Minderheit zu helfen, das Ruder in letzter Minute herumzuwerfen: weiße und schwarze Menschen gleich zu achten und ihnen gleiches Recht zuzubilligen. Auf diese Weise könnten sie ihren Beitrag leisten zur Befreiung Namibias ohne Waffengewalt und verhindern, daß sie über kurz oder lang selber zu Hilfsbedürftigen werden. Im anderen Fall gibt es mit oder ohne Waffengewalt für die weiße - deutsche - Minderheit in Namibia keine Zukunft.

(-/28.12.1976/mie/pr)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller